

Haushaltsrede 25. Januar 2024 Uwe Engelmann

Sehr geehrte Ratsmitglieder, Beigeordnete, Kolleginnen und Kollegen, geehrte Gäste,

wir haben heute zu entscheiden über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan nebst Anlagen für das Jahr 2024.

Um für unsere Ortsgemeinden handlungsfähig zu sein, hatte ich mir zum Ziel gesetzt, die Haushaltssatzung im Januar verabschieden zu können, ermöglichen wir diesen so eine zuverlässige eigene Haushaltsplanung mit einem gesicherten Umlagesatz der Verbandsgemeinde.

Schon Ende Juli wurden die Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, die benötigten Mittel zusammenzustellen. Im Dezember gab es intensive interne Vorberatungen.

Die Unterlagen waren am 22. Dezember fertig und wurden Ihnen über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Im Haupt- und Finanzausschuss haben wir am 10. Januar beraten und nochmals nach interfraktionellen Runden und gewünschter Einzeldiskussion mit zwei Fraktionen wurde in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17. Januar (also vor einer Woche) speziell das Thema „Stellenplan“ erörtert.

Die heute zur Abstimmung stehende Haushaltssatzung wurde incl. der Anlagen vom Haupt- und Finanzausschuss am 17. Januar dem Verbandsgemeinderat zur Zustimmung empfohlen.

Die großen Themen haben sich kaum verändert haben. Corona tritt in den Hintergrund, andere Themen gewinnen an Bedeutung.

Die wichtigsten möchte ich ansprechen und damit die Aufmerksamkeit und Debatte wieder auf die **Sachthemen** lenken. Dabei werde ich nur wenige Zahlen und Beträge nennen (diese haben wir besprochen, liegen Ihnen vor und sind nachzulesen).

Corona:

Nur eine Bemerkung dazu:

Die Kolleginnen des Personalbüros haben viele Tage daran gearbeitet, die Anträge auf Lohnerstattung wegen Corona-Erkrankungen einzureichen - ein sinnvoller Beitrag zur Einnahmenbeschaffung !

Digitalisierung:

Ein großer Schritt in eine digital unterstützte Verwaltung ist die am Ende des vergangenen Jahres begonnene und in diesem Jahr anstehende konkrete Umsetzung der Arbeit mit einem **Dokumenten-Management-System**. Das wird uns beschäftigen.

Aber auch die sonstige Investitionen in die digitale Infrastruktur zeigt Wirkung:

- Fast unvorstellbar wäre das Management der Bewerber um Stellen, sowohl intern als auch extern ohne entsprechende Programmunterstützung. Aktuell sind (auch 17 Stellen offen, viele davon im Schul- und KITA-Bereich und mehr als 100 Bewerberinnen und Bewerber.
- Auf unserer Homepage, die durch eine Mitarbeiterin dauerhaft und zuverlässig gepflegt wird, sind alle Informationen zur Verbandsgemeinde zu finden. Ein gutes Beispiel für den sinnvollen Einsatz ist die fertiggestellte Darstellung der Überflutungsbereiche bei möglichen Hochwässern an Nahe und Glan bei bestimmten Pegelständen.
- Erwähnen muss ich hier wieder und explizit die Sitzungssoftware more.rubin. Ohne ein solches Tool hätten wir enorme Kopier- und Portokosten, ganz zu schweigen vom dafür notwendigen Personaleinsatz. Wir arbeiten akribisch daran, die Anwendung des Programms zu optimieren und Funktionen zu ergänzen, die eine noch höhere Effektivität ermöglichen. Mit dem Anbieter sind wir im engen Austausch.
- Im engen Austausch stehen wir auch mit dem Anbieter der Buchhaltungssoftware, der OSK in Saarbrücken. Gerade in der vergangenen Woche hatten wir hierzu einen Austausch mit den drei Herren der Geschäftsführung. Funktional steht da der digitale Rechnungsworkflow unter Einbindung der Ortsgemeinden, der WIFÖG und des Freilichtmuseums im Vordergrund.
- Neu vor der Einführung steht ein weiteres OSK-Modul zur Verwaltung unserer Verträge. Hiervon verspreche ich mir eine engere und bessere Überwachung und Automatisierung der Sollstellungen, Laufzeiten und Fristen sowie möglichen Anpassungen von Konditionen.

Klimaschutz:

Vier Schlagworte beschäftigen uns in diesem Zusammenhang:

Klimaschutzkonzept – KIPKI – Kommunale Wärmeplanung – Ausbau von PV und Windenergie

Wir haben vor Weihnachten das von unserer Klimaschutzmanagerin erarbeitete **Konzept** verabschiedet und den Antrag zur Weiterführung der Maßnahme incl. externer Förderung beschlossen.

Auch ist mittlerweile klar, wie genau die **KIPKI**-Gelder (also 720.000 € Fördergelder des Landes) in der VG und den Ortsgemeinden eingesetzt werden sollen. Insgesamt ca. 60 Maßnahmen (von Umrüstung einzelnen Lampen der Straßenbeleuchtung bis zu Maßnahmen im Rahmen des Hochwasserschutzes) sind gemeldet und müssen umgesetzt werden, davon profitieren die VG wie auch die Ortsgemeinden direkt. Auch ein Zuschuss für private Balkonkraftwerke muss organisiert und abgewickelt werden.

Ebenfalls vom Bauamt und der Klimaschutzmanagerin koordiniert wird das weitere Vorgehen für die „**Kommunale Wärmeplanung**“. Mit externer Unterstützung (wir hatten vor einer Woche hier mit Ihnen eine erste Informationsrunde) ist eine Planung für die gesamte Verbandsgemeinde zu erstellen und parallel dazu festzulegen, in welcher Form auch eine Umsetzung erfolgen kann.

Schließlich das große Feld **des PV- und Windenergieausbaus**. Viele unserer Ortsgemeinden sind der Ausweisung von Flächen für PV-Anlagen (was ja immer mit der entsprechenden Bauleitplanung für unser Bauamt einhergeht) aufgeschlossen. Auch die Begleitung von Interessensbekundungsverfahren bei der Auswahl der Projektierer für Windenergieanlagen oder Unterstützung für Termine mit den Anbietern fällt in den Aufgabenbereich unseres Bauamtes.

Wenn man sich jedoch den Effekt einerseits für unseren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und andererseits auf die Einnahmesituation der vieler Ortsgemeinden vor Augen führt, dann sind das gut investierte Arbeitsstunden.

Schulen und KITAS:

Die Anforderungen, die die Gesellschaft an KITAS und Schulen stellen, sind enorm.

Der vorgestellte Schulentwicklungsplan für unsere Grundschulen zeigt auf, wo hier die Handlungsfelder liegen. Durch weitsichtige Planung in der Vergangenheit ist die Ausgangssituation sehr gut, trotzdem muss den Ansprüchen auf Ganztagsbetreuung incl. Essensverpflegung ab 2026 Genüge getan werden, was (nach bisherigem Stand) zu überschaubaren Umbaumaßnahmen führt. Um auch die dafür möglichen Fördergelder in Anspruch nehmen zu können, müssen die Maßnahmen bis Mitte diesen Jahres beantragt sein. Auch hier: Ziel ist die maximal möglichen Einnahmenbeschaffung und damit unverzügliches Handeln erforderlich.

Neben den Schulen fordern uns auch die Kindertagesstätten in einem Maße, welches man vor Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte. Grund sind auch hier die veränderten (gestiegenen) gesellschaftlichen Ansprüche an die Einrichtungen, denen von der Politik Rechnung getragen wird und die wir als KITA-Träger konkret umsetzen wollen.

Demzufolge sind die Aktivitäten beim Thema KITA-Bau auch ganz verschieden, von einem Neubau wie in Odernheim in der Verantwortung der Ortsgemeinde, einer Erweiterung wie

Becherbach, einer laufenden Instandhaltung wie in Meisenheim oder Diskussionen um Neu- oder Umbau wie in Meddersheim, Monzingen und jetzt seit diesem Jahr in Merxheim finden wir das ganze Spektrum.

Allein für die KITAS in der Trägerschaft der Verbandsgemeinde hat uns das Jugendamt im Dezember beschieden, über den Bau von 9 zusätzlichen Gruppen nachzudenken.

Feuerwehr, Brand- und Katastrophenschutz:

In der Liste der Investitionen schlagen (eigentlich wie in jedem Jahr) die Maßnahmen dafür mit hohen Beträgen zu Buche: für Fahrzeuge, einen Generator, Planungen und Neubau von Feuerwehrgerätehäusern, Sirenen u.s.w. (unte TOP 1 hatten wir ein Beispiel).

Ich bin allen unseren Feuerwehrkameraden, den Funktionsträgern, den Wehrführungen und der Wehrleitung dankbar für die ehrenamtliche Arbeit, die in einer exzellenten Aufstellung unserer Wehren zum Ausdruck kommt.

Ob wir diese Arbeit in Zukunft durch mehr hauptamtliche Unterstützung begleiten, wird die Diskussion in Kürze zeigen.

Tourismus:

Wir planen einen Verlustausgleich bei der WIFÖG von 488.800 €.

Aus meiner Sicht ist das gut angelegtes Geld. Welcher wirtschaftliche Nutzen sich daraus ableiten lässt, das hat eine Studie des Kur- und Heilbäderverbandes für die gesamte Verbandsgemeinde berechnet. Wir werden das in den Gremien der WIFÖG vorstellen.

Neu in diesem Jahr wird (mit wahrscheinlicher Sicherheit) der eigenverantwortliche Betrieb der Draisinenstrecke von Staudernheim nach Meisenheim sein. Nach guten ersten Erfahrungen mit der leider verkürzten Saison im vergangenen Jahr sind wir jetzt dabei, das Buchungssystem und die Vermarktung in Absprache mit Kusel selbst zu übernehmen. Ich bin sicher, dass das Vorhaben gut gelingt.

Baumaßnahmen in unseren Ortsgemeinden:

Sie fragen sich, was hat das mit dem Haushalt der Verbandsgemeinde zu tun?

Sehr viel, weil neben unseren eigenen Baumaßnahmen (Verwaltungsgebäude, Feuerwehr, Schulen) durch die Vielzahl an Maßnahmen in den Ortsgemeinden der Personalbedarf im vor allem in Fachbereich 3 beeinflusst ist. Ebenso sind davon natürlich die gesamte Organisation betroffen, sei es z.B. bei der Beschaffung und Verwaltung von Zuschussgeldern, Bearbeitung

und Überwachung der Flut von Rechnungen, Organisation der nötigen Sitzungen, Abstimmung mit den Werken etc.

Ein Blick auf konkrete Projekte zeigt die Dimension, der wir uns stellen müssen:

Im Bereich der Bauleitplanung:

- 30 laufende Bebauungsplan-Verfahren
- 12 laufende Verfahren Flächennutzungsplan
- Pachtverträge für Windenergie und Freiflächenphotovoltaik
- Interessensbekundungsverfahren für Windenergie

Im Bereich Hoch und Tiefbau

- Bad Sobernheim: Erschließung Gewerbegebiet, komplette Ortsdurchfahrt L232, Königsberger Straße, Synagogenplatz
- Neubaugebiets-Erschließung in Bärweiler, Merxheim, Monzingen, Odernheim, Meddersheim und andere
- Staudernheim: Schulstraße
- Römer-Brücke in Monzingen
- Neubau KITA Odernheim
- FGH Monzingen und Lettweiler
- DGH Rehborn
- Förderprogramm KIPKI
- Bad Sobernheim: Sanierung Kaisersaal und Priorhof
- Umsetzung Beleuchtungskonzept Meisenheim
- Toilette Stadtpark Meisenheim
- Straßeninstandsetzungsanlage und Ausbau Untergasse und Straßen „Im Tal“ Meisenheim

Zusammengenommen haben alle anstehenden Projekte mindestens ein Finanzvolumen von um die 40 Millionen Euro.

Personalsituation

Wie schon im vergangenen Jahr sind wir überzeugt, dass wir die Herausforderungen gut bewältigen können. Dies gelingt aber nur gut, wenn das dafür nötige Personal zur Verfügung steht um Projekte, Aufgaben und deren Umsetzung so zu organisieren, dass wir damit nicht ins Hintertreffen gelangen und Versäumnisse nur noch schwer aufzuholen sind.

An dieser Stelle lassen Sie mich bitte noch auf einen Redebeitrag aus der letzten Hauptausschuss-Sitzung eingehen. Es ist ganz klar, dass eine rückwärtsgewandte Sicht auf die Vergangenheit, Arbeitsweisen oder vermeintliche Rückstände in einzelnen Arbeitsgebieten der alten Verbandsgemeinden Meisenheim oder Bad Sobernheim uns überhaupt nicht weiterbringt. Jeder weiß, dass beide VG's mit unterschiedlicher Personalausstattung, technischen Möglichkeiten, abweichenden Arbeitsmethoden und selbstverständlich unterschiedlichen Bearbeitungsständen in die Fusion hineingegangen

sind. Niemand soll (und ich bin überzeugt, dass dies auch niemand will) daraus ableiten, sich gegenseitig Versäumnisse vorzuhalten. Als Bürgermeister konnte ich von Anfang an wahrnehmen, dass ausnahmslos alle Kolleginnen und Kollegen –ganz gleich wo die Mitarbeiter vorher beschäftigt waren- ihr Bestes gegeben haben und trotz Corona-Beschränkungen gemeinsam die Fusion gestalten wollten und auch gestaltet haben. Im jetzt nach wie vor andauernden Fusionsprozess kann ein Blick zurück allenfalls helfen, Situationen zu verstehen. Der Blick nach vorne ist aber das, was gebraucht wird.

Als **sehr gutes** Beispiel dafür, wie ich es mir vorstelle, kann die gestrige Sitzung des Werksausschusses genannt werden. Die zwei völlig unterschiedlichen Organisationsformen der Werke aus den beiden ehemaligen Verbandsgemeinden müssen vereinheitlicht werden. Es ist hier völlig egal, warum das hier so und dort anders ist. Es zählt einzig die Frage, welchen Weg schlagen wir ein. Nach der hervorragenden Vorstellung des Organisationsgutachtens gestern gab es einhellig positive Reaktionen des Ausschusses darauf.

Nach den Gesprächen der letzten Wochen bin ich zuversichtlich, dass sich -zumindest mehrheitlich- der Rat unserem Vorschlag anschließen kann, die Personalausstattung unserer Kernverwaltung zu verbessern.

Diese Flexibilisierung im Stellenplan der drei Fachbereiche der Kernverwaltung hilft unseren Ortsgemeinden und unseren Kolleginnen und Kollegen. Die Verwaltung hat –und das haben wir klargemacht- sehr genau und verantwortungsbewusst abgewogen, wo Bedarfe dringendst vorhanden sind.

Wir können ja eben nicht aus Kapazitätsgründen oder aus Personalnot uns zugewiesenen Aufgaben einfach nicht anzunehmen. Fristen und finanzielle Verluste (auch da in Konsequenz immer für die Ortsgemeinden) verhindern dies. Schon allzu oft können wir in letzter Zeit gerade zeitlichen Vorstellungen für Umsetzungswünschen von Bauprojekten nicht zeitnah nachkommen. Immer wieder müssen wir vertrösten. Glauben Sie mir, das sind keine angenehmen Gespräche mit den Ortsgemeinden.

Sicher werden einige meiner Nachredner gleich aufführen, dass andere Verbandsgemeinden im Landkreis ein günstigeres Verhältnis von Einwohnerzahl zu Personalausstattung in der Kernverwaltung haben. Aber solche einfachen Vergleiche greifen zu kurz. Entscheidend ist die Analyse der Aufgaben und Verhältnissen vor Ort in unserer Verbandsgemeinde – und das haben wir gemacht. Ein kleiner, konkretes Beispiel: In der Haupt- und Finanzausschusssitzung wurde aufgeführt, dass der Personalbedarf im Bauamt sicher zurückgeht, weil z.B. weniger gebaut würde und die Bauanträge ja dann zurückgingen. Die konkreten Zahlen dazu: 2020: 154 Bauanträge, 2022: 181 Bauanträge, 2023 172 Bauanträge. Statt neu zu bauen wird wohl wieder mehr umgebaut. Anzahl der Bauanträge gleichbleibend. Benötigt wird $\frac{1}{4}$ Stelle zur Bearbeitung,

So nehmen wir zum Beispiel mit eigenem Personal im Fachbereich 3 Aufgaben wahr, die woanders mehr als bei uns extern vergeben sind. Wir sind mit 274 Quadratkilometern die flächenmäßig größte VG im Landkreis, auch mit der Anzahl der 34 Ortsgemeinden stehen wir an der Spitze. Erwähnt wurde schon die personellen Herausforderungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in unserer VG und Verwaltungsaufwendungen für so große

touristische Bereiche wie WIFÖG und Freilichtmuseum fallen woanders nicht an. Von dem eben erwähnten neuen Thema der Vereinheitlichung der Werks-Strukturen ganz zu schweigen.

Zu diesem Thema ist nun wirklich **alles** gesagt, **jeder** im Ausschuss und im Rat, **jede** Fraktion hatte ausreichend Zeit, sich eine abschließende Meinung zu bilden. Nach den Ausführungen der einzelnen Fraktionen möchte ich daher zügig zur Abstimmung kommen.

Ein paar Zahlen zum Schluss:

Grundsteuer, Gewerbesteuer, Einkommens- und Umsatzsteuer von zusammen mehr als 13,8 Mio. € kommen wir auf eine Steuerkraftmesszahl von knapp 27 Mio. €, mit den Zuweisungen ein Umlagegrundlage von 31.200.000 €

Das sich daraus eine ein VG-Umlagesatz von 29% errechnet, ist ein gutes und wichtiges Signal an die Ortsgemeinden.

Wenn uns die Verabschiedung der Haushaltssatzung heute, jetzt im Januar gelingt, dann können wir die Diskussionen um den Personalbedarfe endlich hinter uns lassen um uns auf die inhaltlichen Fragen zu konzentrieren. Derer gibt es nun wirklich genug.

Daher bitte Sie um Zustimmung zur vorgelegten Haushaltssatzung mitsamt ihren Anlagen.

Zum Schluss:

Für die umfangreiche Arbeit danke ich Herrn Reidenbach, Frau Schmidt und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Zahlen für den diesjährigen Haushalt zusammengestellt haben.